

Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur: Dr. K. K. K.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsplatz und Dresden-Altkönigsplatz

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 1. bis 7. September 200 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 200 000.— M., Einzelnummer 150 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Erscheinende nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Komparativzeile 200 000.— M., auswärts 240 000.— M., die 8spalt. Komparativzeile 300 000.— M., auswärts 360 000.— M., bei mehrmal. Auftragsvermittlung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rab. für Brieflieferungen 40 000 M.

Nr. 207

Dresden, Mittwoch den 5. September 1923

34. Jahrg.

Kein Ausweichen!

Der Reichswehrminister Gehler muß fort!

In Berlin scheint die Veröffentlichung der sächsischen Staatszeitung über Herrn Gehler eingeschlagen zu haben. Man ist offenbar dort von dieser Veröffentlichung sehr unangenehm berührt und hat, wie der Dresdner Anzeiger sich aus Berlin melden läßt, mit Erstaunen und Bedauern davon Kenntnis genommen. Der Herr Reichsanwalt wurde in aller nächster Zeit wieder Gelegenheit nehmen, mit dem sächsischen Ministerpräsidenten persönlich Rücksprache zu nehmen und die ganze Geschichte sei anscheinend auf ein großes Mißverständnis zurückzuführen. Gehler sei gegenwärtig in Urlaub, aber die Klärung der Angelegenheit werde vorbereitet. Gehler kehre aber heute wieder nach Berlin zurück und dann sei eine Veröffentlichung des Reichsanwalts und Reichswehrministers zu erwarten. Damit, daß die Vertreter des Wehrfreikommandos nicht an der Verfassungsfeier teilnehmen, sei Gehler zwar einverstanden gewesen. Aber er hätte nie und nimmer daran gedacht, ein Verbot des dienstlichen Verkehrs mit der sächsischen Regierung auszusprechen, oder auch die Einstellung dieses Verkehrs auch nur auf vorübergehende Zeit zu billigen. Die beiden Dinge seien anscheinend bei einem von Berlin nach Dresden geführten Gespräch durch einander geraten. Man brauche nur daran zu denken, daß ja die sächsische Regierung in irgend einem bloßlich einseitigen Akt die Hilfe der Reichswehr hätte in Anspruch nehmen wollen und ihr vom Wehrfreikommando mit dem Hinweis auf die Einstellung des dienstlichen Verkehrs eine derartige Hilfe verweigert worden wäre. Schon ein einziges derartiges Beispiel genüge, um nachzuweisen, daß der Reichswehrminister niemals auf die Idee kommen könnte, die von Sachsen aus gerügte Anweisung zu erteilen.

Also nur ein großes Mißverständnis ist schuld daran, daß der sächsische Regierung die Erklärung über den Abbruch der Beziehungen abgegeben wurde. Sehr merkwürdig ist es, daß man erst jetzt dieses Mißverständnis entdeckt. Zunächst hat Gehler einfach abgelehnt, daß von einem derartigen Abbruch der Beziehungen zwischen Wehrfreikommando und der sächsischen Regierung die Rede sein könnte. Wir können nicht glauben, daß Herr Gehler nicht genau darüber unterrichtet ist, was tatsächlich in Dresden vorgegangen war und dann hätte er gleich erklären können, wie die Dinge zusammenhängen. Doch man erst jetzt zu der Behauptung kommt, hier liege ein Mißverständnis vor, ist wirklich sehr eigenartig, und deswegen vermögen wir an des Mißverständnisses nicht zu glauben. Was wird aus dem Leiter des Wehrfreikommandos, General Müller, dem dieses merkwürdige Mißverständnis passiert ist? Wenn wirklich nach Meinung der maßgebenden Berliner Stellen ein solcher Abbruch der Beziehungen zwischen dem Reichswehrkommando und der Landesregierung eine so unmögliche Sache ist, wie kann dann noch ein General im Amte bleiben, der für eine derartige Erklärung, wie sie hier in Dresden abgegeben worden ist, die Verantwortung trägt. Und wie ist es mit dem Brief des Herrn Generals Müller an den Senatpräsidenten Dr. Soeans, mit dem sich ja Herr Müller in ein schreckliches gerichtlich-Verfahren einmischte, hat. Liegt hier vielleicht auch nur ein so großes Mißverständnis vor?

Die bürgerlichen Blätter, die in der Analepenheit Stellung nehmen, verhehlen es der sächsischen Regierung, daß sie gerade jetzt mit diesen Dingen herumschmeißt. Der Dresdner Anzeiger schreibt etwas von dem Einheitswillen des ganzen deutschen Volkes. Er hofft, daß die weiteren Aufschlüsse die notwendige Klärung bringen werden und auch eine Aussprache des Kommandos, Dr. Stresemann, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Reigner dienen soll. Die Dresdner Neuesten Nachrichten meinen ebe ein Minister eines Landes einem Reichsminister so schwer beschuldigt, hätte doch erst der Versuch gemacht werden müssen, die Ursachen des Widerstandes festzustellen, und das Leipziger Tageblatt erklärt, daß die Reignerische Fundamentierung keineswegs dem Geiste der Verfassung entspricht, von der sächsische eine private Polemik zwischen dem Vorsitzenden einer Landesregierung und dem Mitglied des Reichskabinetts sicher nicht gewollt sein könne. Die Haltung des Reichsanwalts ist bei der Verfassungsfeier sei zwar nicht zu billigen, aber keinesfalls könne die Art, wie diese Beflageneren die Mißbilligung in einer Serie von Anmerkungen vor der öffentlichen Meinung ausgetragen wurde, gutgeheißen werden.

Die Blätter scheinen sich einzubilden, daß der Vorstoß der sächsischen Regierung erfolgt sei, ohne daß man vorher den Versuch gemacht hat, auf anderem Wege mit Herrn Gehler fertig zu werden. In Wirklichkeit ist aber die sächsische Regierung erst an die Öffentlichkeit gegangen, weil man in Berlin allen Vorstellungen gegenüber so hartnäckig gewesen ist, sonst hätte man den Herrn Gehler schon längst in die Versenkung verschwinden lassen. Besonders Herr Gehler selbst muß ein ganz besonderes Maß von Dummheit besitzen. Die Veröffentlichung der sächsischen Staatszeitung ist schrecklich, das können alle die Blätter verstehen, zunächst ein Warnungssignal, und Herr Gehler läßt in seinem Interesse und im Interesse des deutschen Volkes gut, wenn er es beachtet. Wenn er sich schweigt, so werden weitere Veröffentlichungen kommen, die für Herrn Gehler noch viel unangenehmer sein werden, als die bisherigen Mitteilungen der Staatszeitung. An Versuchen, durch Verhandlungen dem Gehlerstand ein Ende zu machen, hat es seit

Jahr und Tag nicht gefehlt, es hat bisher aber alles nichts genützt. Lange kann aber jetzt nicht mehr gewartet werden, wenn die Gefahr, die Herr Gehler für die deutsche Republik bedeutet, nicht immer größer werden soll. Gehler muß unbedingt fort, und wir können der bürgerlichen Presse versichern, daß sich die sächsische Regierung und die Sozialdemokratische Partei Sachsens weder durch Herrn Stresemann noch durch die Klagen der bürgerlichen Presse davon abhalten lassen werden, den Kampf gegen Gehler fortzuführen, bis der Mann erledigt ist. Wenn man bemerkt, daß sich daraus so unangenehme und peinliche Dinge ergeben, dann mag man Herrn Gehler verschwinden lassen, aber sehr schnell.

Auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst nimmt anheimend im Einverständnis mit dem Partei- und Fraktionsvorstand zum Fall Gehler Stellung. Er schreibt:

Einorklärung bedarf der Fall Gehler, die Auseinandersetzung zwischen der sächsischen Regierung und dem gegenwärtigen Reichswehrminister. Es ist richtig, daß dieses dehnungsreiche Zwischenstück gegenwärtig hinter unseren außenpolitischen Schwierigkeiten weit zurücktritt. Aber wenn man nicht sofort von heute auf morgen macht, sondern mit der Betrachtung des Falles Gehler auch einen Blick auf die Entwicklung der kommenden innenpolitischen Schwierigkeiten wirft, dann wird man anderer Ansicht als der Reichsanwalt. Wir haben keine Neigung, die Entwicklung der kommenden Wochen schwarz zu malen als es notwendig ist. Aber darüber dürfte kein Zweifel mehr bestehen, daß selbst bei einer schnellen und energiegeladen Lösung des außenpolitischen Schwierigkeiten, zu deren Überwindung die Reichsregierung nicht nur eine geschlossene Phalanx der Landesregierungen gebraucht, sondern auch die volle Unterstützung der Arbeiterschaft notwendig hat. Wie aber soll das möglich sein, wenn der Reichsminister, der im Eventualfall berufen wäre, den Staat gegen rechts und links zu schützen, aus guten Gründen nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießt, deren Unterstützung er unbedingt bedarf? Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Gehler ist kein Kampf gegen die Person, sondern gegen die Unzulänglichkeit in bezug auf die Verteidigung des Staates von heute. Auch die sächsische Regierung ist dieser Überzeugung und wir glauben, nur mit Rücksicht auf die vielleicht schon in absehbarer Zeit für den Staat

drohenden Gefahren ist sie der Auffassung, daß wenigstens solange es noch Zeit ist, an der Spitze unserer Reichswehr, die zur Aufgabe hat, die Verfassung zu schützen, ein Mann treten muß, der mit mehr Energie gegen diejenigen seiner Untergebenen, die unzuverlässig sind, vorzugehen versteht und gewillt ist und der es in jedem Falle ablehnt, Demonstrationen, die auch nur den Anschein der Republik feindschaft erwecken könnten, zu unterstützen. Wir sind mit der sächsischen Regierung vollkommen einer Auffassung, daß es ein Skandal ist und bleibt, wenn der Chef der Reichswehr aus irgendwelchen Gründen, mögen sie noch so schwieriger Art sein, die ihm unterstellten Militärs anhält, eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und einer Landesregierung vor aller Öffentlichkeit zur Schau zu tragen. Damit hat Gehler nicht nur seiner eigenen republikanischen Zuverlässigkeit einen weiteren Streich verfehlt, sondern auch die Verfassungsfreier in gewissem Sinne als private Veranstaltung der sächsischen Regierung gestempelt. Unter diesen Umständen kann der Reichswehrminister bei der Arbeiterschaft, die seit Jahren den Kampf um die Sicherung der Republik führt, niemals mehr Vertrauen gewinnen. Im Interesse unseres Landes würde es liegen, wenn er daraus selbst die Konsequenzen ziehen würde.

Schon bei der letzten Regierungsabänderung hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nur in Anbetracht der kritischen Lage erneut mit Herrn Gehler als Reichswehrminister abgefunden. Aber sie hat schon damals seinen Zweifel darüber gelassen, daß Gehler nach Möglichkeit bald von seinem Amt befreit werden muß. Im Ziel ist die Reichstagsfraktion mit der sächsischen Regierung einer Auffassung, wenn man vielleicht auch über die Taktik des Kampfes gegen einen Mann, den man aus vollkommen sachlichen Gründen befehlen will, streiten kann. Ueber eine Abänderung der Taktik dürfte aber auch die sächsische Regierung im Interesse ihres Landes sicherlich mit sich reden lassen, wenn die Wirkung die gleiche bleibt.

Immer noch keine Beschlüsse

Aus Berlin wird gemeldet: Das Reichskabinett befaßte sich am Dienstagabend in einer mehrstündigen Sitzung erneut mit den zu ergreifenden währungspolitischen Maßnahmen.

Zu einer Einigung scheint man noch nicht gekommen zu sein, obgleich die Zeit drängt und das erneute Hiniausweichen des Dollars beweist, daß Eile geboten ist. Bestehen denn Unflimmigkeiten? Kann der Finanzminister notwendige Maßnahmen nicht durchsetzen? Sind außer technischen Schwierigkeiten auch sachliche Hemmnisse vorhanden? Die Sozialdemokratie muß peinlich darauf sehen, daß in jedem Stadium der Koalitionsregierung Klarheit und Wahrheit dem Volke nicht vorenthalten wird.

Völkerbunds-Theater

Der italienisch-griechische Konflikt hat gleich einem heftigen Erdbeben auf den Völkerbund gewirkt. Zum ersten Male bricht ein kriegerisches Abenteuer zwischen zwei dem Völkerbunde angehörenden Staaten aus, das der Völkerbund nach allen festgelegten Regeln ordnen und schlichten sollte. Und gleich im ausgerechnet ersten Falle verlagert der Völkerbund. Er findet erstens überhaupt keine Stellungnahme, sondern verlagert hoffnungslos eine Entscheidung von Tag zu Tag. Und zweitens, wenn er wirklich noch ein festes Eingreifen versuchen sollte, so kommt es entweder zu spät oder aber das eine Mitglied, gegen das es geht, tritt sofort aus dem Völkerbunde aus. Mussolini hat das schon erklärt.

Es bestärkt sich wieder, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat, daß der Kapitalismus, wenn er auf imperialistischen Raub ausgeht, keinerlei moralische Fesseln anerkennt, sondern brutal alle stillen und vertraglichen Bindungen zerreißt. Ein Vorwand, der den imperialistischen Vorkrieg als die pureste, ja notwendigste „Gerechtigkeit“, als „Recht“ und „Moralität“ erklärt, findet sich immer. Das hat jeder Krieg gezeigt und das erweist auch wieder das Vorgehen Italiens. Man vergleiche die folgenden Meldungen:

London, 4. September. Die Times berichten: Der französische Vorkämpfer hat mit Lord Curzon verhandelt über den griechisch-italienischen Streit. Die britische Regierung steht nachdrücklich auf dem Standpunkt, daß der Fall für eine Verhandlung durch den Völkerbund geeignet sei. Es bestehe keine Neigung, zwischen Griechenland und Italien Partei zu ergreifen.

Genf, 4. September. Infolge des Beschlusses der französischen Regierung, den Standpunkt der britischen Delegation, daß die gesamte Frage vor den Völkerbund und nicht vor den Pariser Vorkämpfer gehöre, zu unterstützen, seien Anmerkungen in dieser Richtung gestern vormittag bei der französischen Delegation in Genf eingegangen. Die Herstellung der französisch-britischen Solidarität in diesem fundamentalen Wendepunkt sei ein Wendepunkt in der griechisch-italienischen Streitfrage.

Genf, 4. September. Der Völkerbundrat verhandelte heute nachmittag über den griechisch-italienischen Konflikt. Da Salandra noch keine neuen Informationen erhalten hatte, wurde die Debatte auf morgen verschoben. Auf Verlangen Lord Curzons gab Vorkämpfer Informationen über den griechischen Standpunkt. Salandra wies erichte sich im Namen Italiens, so daß Politik anheimgegeben wurde, seine Erklärungen schriftlich eingereicht.

Die neuen griechischen Vorschläge besagen, der Völkerbundrat möge neutrale Vertreter ernennen, um die in Griechenland erfolgten Schritte zu garantieren und zu kontrollieren. Eine Kommission aus italienischen, griechischen und neutralen Vertretern möge die Entschädigung Griechenlands an Italien festsetzen. Griechenland wolle sofort 50 Millionen Lire als Garantie für die

Entschädigungszahlung hinterlegen. Griechenland verhält sich also höchst würdig und entgegenkommend, aber das schreit den auf Überhebung ausgehenden italienischen Imperialismus nicht.

Nachdem durch den Wunsch Englands schließlich doch noch eine Art Eingreifen des Völkerbundes droht, ergreift Mussolini in gewohnter Faschistenbrutalität die Feinde und schlägt auf den Völkerbund los.

Rom, 4. September. Die italienische Regierung hat der englischen und französischen erneut mitteilen lassen, daß sie die Rompetenz des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt ablehne. Die Gründe seien: 1. sei die griechische Regierung nicht formell anerkannt; 2. beschuldige Italien nicht, gegen Griechenland „Krieg zu führen“; 3. siehe die nationale Ehre Italiens auf dem Spiele. Diese nationale Ehre beschuldige Italien zu schützen, ohne sich behüben zu lassen.

Der erste Grund ist eine formale Albernheit, der zweite Grund eine trügerische Gemeinheit. Mussolini hat bereits griechischen Boden bombardiert, besetzt, weggenommen, Inseln mit Minen umspießt, und ein letztes Telegramm besagt: Die Italiener haben mit Truppenlandungen bei Sant Quaranta begonnen; es scheint, als ob sie die ganze Küste des Epirus und das Hinterland besetzen wollen. — Das nennt Mussolini „keinen Krieg erklären“, sondern das seien nur „Sanktionen“ und dergleichen Schwindel.

Durchschlagend aber ist Mussolinis dritter Grund: „Die nationale Ehre stehe auf dem Spiele; sie zu schützen werde sich Italien nicht behüben lassen.“ — Na also! Dieselbe Phrase aller blutigen Eroberer und Gewaltmenschen. Die „nationale Ehre“, die sie allein bestimmen, daß jeden Ueberfall, jeden Raub, jede Schandtat, ja, macht sie sogar erforderlich, und wenn etwa der Völkerbund bestimmen wolle, was Italiens nationale Ehre und Pflicht sei, so zeigt ihm Mussolini nach Faschistenart sein allerwertestes — Hinterkeil.

Rom, 4. September. Im Ministerrat erklärte der Ministerpräsident: Sollte sich der Völkerbund trotz unserm Einspruch für zuständig erklären, so würde Italien vor die Frage gestellt werden, ob es im Völkerbunde bleibt oder aus ihm austritt. Ich habe mich bereits für die zweite Möglichkeit entschieden und erlaube den Ministerrat, zu erklären, ob er mit den unsern Delegierten mitgegebenen formellen Anweisungen einverstanden ist. Die Salandra im Völkerbund erklärt wird. Die Minister stimmten voll und rücksichtslos der vom Ministerpräsidenten genommenen Haltung zu.

Also: der Völkerbund kann uns am — Wasel runterstufen, wenn er den imperialistischen Raubzug nicht als „nationale Ehre“ Italiens anerkennen will. So zeigt der Faschismus dem Völkerbunde sein wahres Gesicht. Wie sich England und Frankreich zu dem Diktator Mussolinis stellen werden, ist ein bedeutungsvolles Problem. Es wird davon ab-